

Spanier marschieren für das Leben

In vielen Städten Spaniens haben Abtreibungsgegner gegen die von der sozialistischen Regierung geplante weitere Liberalisierung der gesetzlichen Regelung vorgeburtlicher Kindstötungen demonstriert. Insgesamt gingen rund eine halbe Million Menschen auf die Straßen.

Von Matthias Lochner

Mehr als 100.000 Menschen haben am 29. März in der spanischen Hauptstadt Madrid gegen die geplante Liberalisierung der Abtreibungsgesetze demonstriert. Auch in 50 anderen spanischen Städten fanden kleinere Protestmärsche statt. Zu dem »Marsch für das Leben« hatten rund 100 katholische Organisationen, soziale Bürgerinitiativen und Lebensschutzorganisationen, wie etwa »Ärzte für das Leben« oder »Provida Madrid«, aufgerufen. Über mehrere Kilometer führte der Protestmarsch quer durch das Zentrum der Hauptstadt. »Es existiert kein Recht zu töten, es existiert das Recht auf Leben«, war auf Plakaten der Massendemonstration zu lesen.

Anlass der Proteste sind die Pläne der sozialistischen Regierung um Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, vorgeburtliche Kindstötungen straf-frei zu stellen und eine großzügige Fristenregelung einzuführen. Demnach sollen Spanierinnen künftig in den ersten 14 Schwangerschaftswochen ohne Angabe von Gründen abtreiben dürfen. Bei einer vermuteten Missbildung des ungeborenen Kindes oder einer Gefährdung der physischen oder psychischen Gesundheit der Mutter sollen Abtreibungen sogar bis zur 22. Woche erlaubt sein. Zudem sollen Minderjährige ab 16 Jahren künftig eine vorgeburtliche Kindstötung ohne Einverständnis ihrer Eltern vornehmen lassen dürfen.

In Spanien wurde die Abtreibungsgesetzgebung erstmals 1985 unter der ersten

sozialistischen Regierung von Felipe Gonzalez liberalisiert. Seither sind vorgeburtliche Kindstötungen auf der iberischen Halbinsel zwar immer noch grundsätzlich verboten, allerdings gelten drei Ausnahmen: bei Vergewaltigung, bei einer vermuteten Missbildung des Kindes

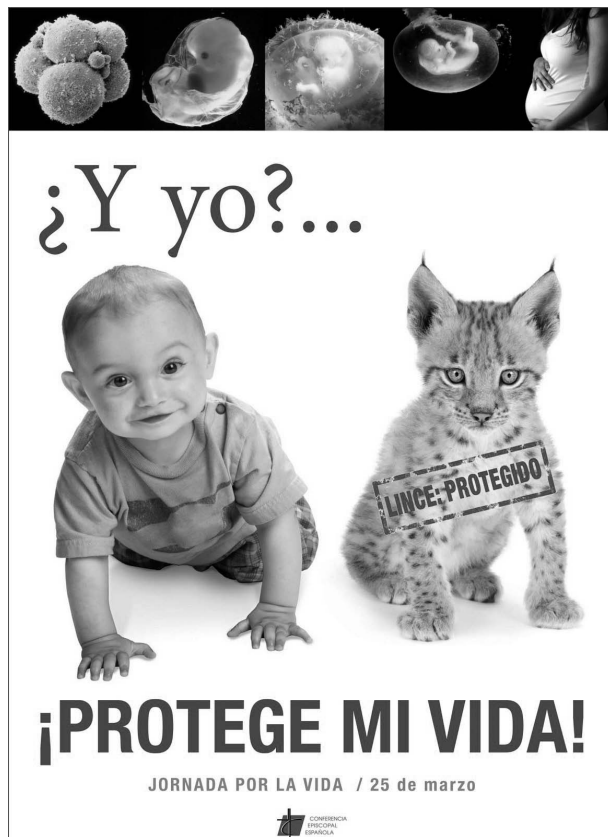
vorgenommen. Die Zahl der registrierten vorgeburtlichen Kindstötungen ist damit in den vergangenen zehn Jahren in Spanien fast um 73 Prozent gestiegen. Bei jungen Frauen zwischen 20 und 29 Jahren ist sogar eine Verdoppelung zu verzeichnen.

Die katholische Kirche in Spanien wirft der sozialistischen Regierung vor, im neuen Gesetz die bisher geltende Indikationsregelung durch eine noch liberalere Fristenregelung zu ersetzen, mit der das grundsätzliche Verbot der Abtreibung aufgehoben werde. Bereits in der Woche vor dem »Marsch für das Leben« hatten die spanischen Bischöfe eine landesweite Protestkampagne gestartet. Unter dem Motto »Schütze mein Leben« wurden in Kirchengemeinden und katholischen Einrichtungen acht Millionen Broschüren sowie 30.000 Protestplakate verteilt. Auf den Plakaten ist ein Luchs zu sehen, der auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten steht; über dem Tier steht die Aufschrift »geschützt«. Daneben lächelt ein Säugling den Betrachter an und sagt: »Und ich...? Schützt

mein Leben!« Die Botschaft der Bischöfe ist klar: Seltene Tiere werden auf der iberischen Halbinsel besser geschützt als Kinder im Mutterleib.

Die Regierung wehrt sich indes gegen die Vorwürfe. »Wir wollen nicht noch mehr unerwünschte Schwangerschaften. Das neue Gesetz wird sicherer sein, und es wird die Frauen und auch das Ungeborene besser schützen«, behauptet etwa Gleichstellungsministerin Bibiana Aido. Aido war es auch, die im September letzten Jahres ankündigte, Frauen sollten künftig das Grundrecht erhalten, selbst über ihren Körper zu entscheiden und Abtreibungsärzte nicht weiter kriminalisiert werden. Die oppositionelle Volkspartei lehnt hingegen eine Liberalisierung ab und kritisiert, dass im Gesetzesentwurf jungen Menschen die Abtreibung als »Mittel der Empfängnisverhütung« nahegebracht werde. Das Vorhaben der spanischen Regierung fügt sich in eine Reihe anderer Entscheidungen ein, die das Lebensrecht Unge-

borener beschneiden. So wurden Ende 2004 die embryonale Stammzellforschung ausgeweitet und 2006 die Präimplantationsdiagnostik (PID) sowie das sogenannte therapeutische Klonen freigegeben.



Klare Botschaft: Tiere werden besser geschützt als Kinder im Mutterleib.

sowie bei Gefährdung der physischen oder psychischen Gesundheit der werdenden Mutter. Fast 97 Prozent aller 112.000 gemeldeten Abtreibungen im vergangenen Jahr wurden auf Basis der dritten, rechtlich sehr vagen Indikation